

Wir widersprechen der angekündigten massiven Erhöhung der Militärausgaben sowie der geplanten Festschreibung von Militärausgaben im Grundgesetz. Die dadurch vorgesehenen tatsächlichen Ausgaben 2022 für die Bundeswehr in Höhe von 70 Mrd. Euro entsprechen

- dem 3.500-fachen der aktuellen Ausgaben des Auswärtigen Amtes für Internationale Mediation (20 Mio. Euro – das AA ist an 30 bis 40 sehr erfolgreichen und nachhaltig friedensschaffenden und damit enorme Folgekosten sparenden Mediationsprojekten beteiligt)
- dem 1.300-fachen der aktuellen Ausgaben für den Zivilen Friedensdienst (55 Mio. Euro)

Gleichzeitig sind die nächsten Wochen eine wohl einmalige Chance, im Zuge dieser großen Zahlen jetzt gleichzeitig eine relativ starke Erhöhung der Ausgaben für Zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention zu erreichen.

Wir fordern jährlich 10% der zusätzlich verausgabten Summen für einen Auf- und Ausbauplan "Zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention"

Des weiteren fordern wir folgende neue Haushaltsstellen:

1. Friedens-Attachés in jeder Deutschen Botschaft

In Ländern, mit denen Deutschland in verteidigungspolitischen Fragen zusammenarbeitet oder die aus verteidigungspolitischer Sicht von besonderem Interesse sind, ist den deutschen Botschaften bisher jeweils ein Militärattaché zugeordnet. Wir fordern die zusätzliche Einrichtung speziell ausgebildeter Friedens-Attachés in allen deutschen Botschaften.

2. Fortbildung in Sozialer Verteidigung

Die baltischen Staaten haben schon 2016 Sicherheitsstrategien für "zuverlässige Abschreckung" verabschiedet, "die die Vorbereitung der Bürger auf den unbewaffneten aktiven zivilen Widerstand [erfordert], [einschließlich] der Förderung ihres Willens und ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber Informationsangriffen sowie ihrer Fähigkeit, sich an einem vollständigem Widerstand ... der ganzen Nation zu beteiligen".

Das litauische Verteidigungsministerium hat dazu zwei Handbücher über die "Formen und Grundsätze des zivilen Widerstands" im Rahmen der Landesverteidigung herausgegeben. Es gilt, auch die deutsche Bevölkerung flächendeckend in gewaltfreier sozialer Verteidigung auszubilden.

3. Verankerung einer konstruktiven Konfliktkultur in der Breite unserer Gesellschaft

a) Ausbildung und Einsatz Ziviler Friedensfachkräfte

Die bereits etablierte zivilgesellschaftliche wie auch staatliche Ausbildung und der vom Konsortium Ziviler Friedensdienst koordinierte Einsatz Ziviler

Friedensfachkräfte ist stark auszubauen (aktueller Haushaltstitel = 55 Mio. Euro/Jahr)

- b) Breite Aus- und Fortbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung
Darüberhinaus gilt es, sowohl in der Erwachsenen- wie in der Schulbildung Fähigkeiten zur konstruktiven Konfliktbearbeitung auszubilden und flächendeckend zu fördern.

4. Öffentlichkeitsarbeit für Zivile Konfliktbearbeitung

Wir benötigen

- a) ein Bundesförderprogramm: "100 Bildungs-Promotor*innen für Zivile Krisenprävention und – intervention",
- b) flächendeckende Öffentlichkeitsarbeit über die Wirksamkeit Sozialer Verteidigung, gewaltfreien Widerstands, Ziviler Krisenprävention und -intervention sowie konstruktive Konfliktbearbeitung

Im Koalitionsvertrag haben die Koalitionsparteien im Dezember 2021 formuliert: „Die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und Entwicklungszusammenarbeit sollen wie bisher im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen auf Grundlage des Haushaltes 2021.“ (S. 150)

- Auch Sven Kindler, der haushaltspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion B90/Die Grünen, hat im Interview mit dem ARD-Hauptstadtstudio am 3. März 2022 formuliert: „Wenn Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen will, dann gehört dazu genauso, die Gelder für ... zivile Krisenprävention ... aufzustocken. All das ist auch laut Koalitionsvertrag gekoppelt an eine Erhöhung des Wehretats.“
- Dies jetzt angesichts der außergewöhnlichen Entwicklungen und geplanten Ausgabensteigerungen für militärische Verteidigung zu fordern, wäre allerdings unmäßig und unrealistisch. Angesichts dieser Festlegung im Koalitionsvertrag ist unsere Forderung „10 % für Zivil“ das realistische Minimum, das der Bundestag jetzt beschließen sollte.

Praktisch alle UN-Berichte sowie Evaluierungen bisheriger Auslandseinsätze fordern verstärkte Investitionen in die zivilen und polizeilichen Instrumente internationaler Missionen:

- Ausgaben für Krisenprävention haben einen 16-fach höheren Wirkungsgrad (UN/Weltbank-Studie „Pathways for Peace“ 2018)
- Das „High-Level Independent Panel on United Nations Peace Operations“ (HIPPO, Hochrangige Unabhängige Untersuchung von UN-Friedensoperationen) empfahl 2015, dass unbewaffnete Strategien im Vordergrund von UN-Bemühungen um den Schutz von Zivilbevölkerungen stehen müssen. Die „Fokussierung von UN-Missionen auf militärische Interventionen“ sei „kontraproduktiv“.

Konkret erhoffen wir uns von Ihnen, dass Sie unsere Forderungen ins Gespräch mit den Mitgliedern des Bundestagshaushaltsausschusses einbringen und unterstützen. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns über das Ergebnis dieser Gespräche informieren würden.

Gerne besuchen wir Sie auch in Ihrem Wahlkreisbüro, um im persönlichen Kontakt unser Anliegen ausführlicher zu begründen, gemäß dem Angebot im Koalitionsvertrag vom Dezember 2021: "Wir suchen aktiv den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Herausforderungen der internationalen Politik." (S. 144)

Mit freundlichen Grüßen

(unser aller Namen in alphabetischer Reihenfolge)